

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 100.— M., Durch Austräger 325.— M., pro Woche Durch die Post 900.— M., pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktions-Gesellschaft, Redaktionspoststunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfachnummer Nr. 21059. — Fernsprechnummer Breslau 9837.

Freitag, 23. Februar 1923.

Anzeigenpreise: Die 8 geteilte Millimeterzeile über deren Raum 60.— M., Ecken- und Wölbungsstellen, Familienanzeigen, Vereine- und Verfallungsanzeigen 15.— M., Kleine Anzeigen der Wort- u. M., fett gedruckt 1,50 M., M. 11 u. e. Die Millimeterzeile 8 geteilt über deren Raum im Text 150.— M.

## Die 'Erbfeinde' vor der Einigung!

Die Großindustriellen Stinnes und Arnold Reehberg haben bereits vorgearbeitet.

Breslau, den 22. Februar.

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Kampf an der Ruhr ein Kampf ist um die Vorherrschaft in dem kommenden Deutsch-französischen Riesenkampf.

Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß die „nationale Empörung“ deutscherseits nur ein Druck sein soll auf die französischen Kapitalisten um sie zu einer Einigung zu zwingen und daß die deutschen und französischen Kapitalisten sich umso eher und besser verständigen und vereinigen werden zur gemeinsamen Ausplünderung des Proletariats, je schneller die nationale Front sich zu einer Klassenkampffront wandelt.

Daß dem so ist, beweist ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse.

Die „Breslauer Zeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer an der Spitze des Blattes einen „Ziele und Wege“ überschriebenen neuen Artikel des Großindustriellen Arnold Reehberg, der unsere Ausführungen vollaufbeistätigt. Reehberg schreibt u. a.:

Der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Firth hat in einer politischen Rede zu Stuttgart erklärt, der Zweck des Widerstandes an der Ruhr sei, zu Verhandlungen zu gelangen. Demgegenüber ist in der Presse leiblich wiederholt behauptet worden, jeder Versuch, mit Frankreich zu einer vernünftigen Einigung zu kommen, sei zwecklos. Alle wirtschaftlichen Vorschläge deutscher Industrieller von Stinnes bis Reehberg seien vergebens gewesen.

Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, mit Franzosen von hervorragender Autorität über die Lage zu sprechen. Es ergab sich in diesen Unterhaltungen folgendes:

1. Die französische Regierung ist seit einigermaßen das Ruhrgebiet nicht zu räumen, bevor sie ein Abkommen mit der deutschen Regierung über die Regelung der zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen getroffen hat.
2. Die Regelung der schwebenden Fragen könne nur durch eine Interessengemeinschaft zwischen der französischen und der deutschen Großindustrie erreicht werden. Der Vorschlag, Deutschland möge neu zu emittierende (herauszugebende) Anteile an der deutschen Großindustrie an die französische Regierung übergeben, welche sie an die französische Großindustrie weiter veräußere, erscheine daher zunächst als die einzig gegebene Grundlage, auf der eine deutsch-französische Interessengemeinschaft aufgebaut werden könnte. Die Franzosen dächten dabei nicht daran, die deutsche Schwerindustrie etwa zu beherrschen. Die volle Gleichberechtigung der französischen und der deutschen Schwerindustrie in der zukünftigen Entwicklung müsse daher von Anfang an gewährleistet bleiben.
3. Da die französische Regierung einerseits erklärt hat, sie werde ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nicht zurückziehen, ehe sie zu einer Regelung mit der deutschen Regierung gekommen sei, und da andererseits die deutsche Regierung bereit sei, sie wollen nicht verhandeln, so lange die Franzosen noch im Ruhrgebiet stehen, gebe es eigentlich nur einen Ausweg aus der festgefahrenen Lage: Franzosen mit großem Einfluß, denen alle Wege sowohl zur französischen Schwerindustrie wie zur französischen Regierung offenstehen, müßten mit Kapitänen der deutschen Schwerindustrie über ein zu treffendes Abkommen verhandeln.

Während also an der „Ruhrfront“ noch „gekämpft“ wird, verhandeln die „hervorragenden Autoritäten“ bereits untereinander!

Wenn übrigens sowohl die Französisch als auch die deutsche Regierung die „Spröden“ martieren, so ist das nur Theater, zumal sie ja Marionetten sind in den Händen der Großwucherer — die die Zeit zum Abschluß der Verhandlungen für gekommen erachten.

Reehberg spricht das ziemlich offen aus, wenn er sagt:

Ich hatte bei dem allen den Eindruck, es sei die Meinung der Franzosen, daß in Deutschland überhaupt nur die Führer der Schwerindustrie politischen Einfluß hätten. Die Franzosen sind überzeugt, daß die Schwerindustrie durch ihren Einfluß in der Deutschen Volkspartei und in der Presse eine überaus große Einwirkung auf die Regierung hätten.

Stinnes ist groß und Reehberg ist sein Prophet. Und in seiner Eigenschaft als solcher fährt er fort:

Ich habe von dem allen einen der führenden Kapitäne der deutschen Schwerindustrie (dem Stinnes v. R.) Mitteilung gemacht. Ich habe dabei bemerkt, daß nach meiner Ansicht eine derartige Verhandlung keinesfalls schaden könnte. Es könnte ein Uebereinkommen verabredet werden, wenn die erreichbaren Bedingungen für Deutschland (!) günstig wären, und es kann anderfalls unterlassen werden. Das wäre geradezu wie bei jedem andern Geschäft.

Ich meine, es werde jedenfalls niemals ein Uebereinkommen mit den Franzosen bekräftigen, daß nicht der Ehre und den Lebensinteressen des Deutschen Volkes gerecht würde. Insbesondere die deutschen Arbeiter an der Ruhr haben es verdient, daß ihr gutes Recht gewahrt bleibt. (Reehberg denkt: Es merit ja doch kein Nazi, daß es Edmund H. v. R. Ich bin aber der Ansicht, daß an es für sich in A. R. e.)

kommen zwischen Frankreich und Deutschland denkbar wäre, welches sowohl für die französische Industrie wie für die deutsche Industrie vorteilhaft wäre, und welches es den Regierungen beider Länder ermöglichte, die materielle Lage ihrer Völker wesentlich zu verbessern. (1) Ein solches Uebereinkommen kann aus dem Grunde nicht unerreichbar sein, weil es ein Naturgesetz ist, daß in jedem richtig gemachten Zusammenschluß produktiver Kräfte gewaltige Vorteile liegen müssen und zwar für alle, welche daran teilhaben.

Daß die Unternehmer daraus große Vorteile ziehen werden daran zweifeln wir ebensowenig wie Reehberg. Wir wissen aber, daß die „gewaltigen Vorteile“ der Kapitalisten bedingt sind durch die schamloseste Ausplünderung des Proletariats — und daß das Gerede vom Allgemeinwohl übelster Schwindel sind.

Wenn die Proleten die Besserung ihrer Lage abhängig machen von den gewaltigen Vorteilen der Industrie, so warten sie vergebens. Eher fließt Wasser den Berg herauf!

Während die deutschen Unternehmer jederzeit bereit sind, mit dem „Erbfeind“ zu verhandeln, „übereinzukommen“, lehnen sie den Gedanken eines Bündnisses mit Sowjet-Rußland auf das Entschiedenste ab! Reehberg drückt nur aus, was viele seinesgleichen denken, wenn er schreibt:

Für ganz unglücklich halte ich es aber, wenn in Deutschland bereinigt der Gefahr anraucht, das Deutsche Volk solle sich der Moskauer Sowjetregierung in die Arme werfen. Das deutsche Volk ist ein tapferes und redliches Volk. Den Ruhm seiner Taten im Weltkrieg werden noch spätere Geschlechter mit Staunen und Bewunderung künden. Sein Unglück war es, daß im Jahr 1917 und ganz besonders in der Stunde seines schwersten Kampfes der große und weit vorausschauende politische Führer gefehlt hat. (Für seine Führung dankt man ihm voraus.)

All das Unglück aber, welches Deutschland bisher widerfahren ist, wäre nicht mit dem Unlück vergleichbar, das über unser hingeliebtes Volk (!) hereinbrechen würde, wenn es sich unter dem Druck der gewaltigen Not der Moskauer Sowjetregierung verbeugen wollte. Dessen erste Bedingung wäre jedoch Deutschland im ungleichen Kampf gegen Frankreich stände, daß in Deutschland die Sowjet Herrschaft errichtet würde. (!) Unter der Sowjet Herrschaft in Deutschland aber würden Deutschlands unzureichend bewaffnete Soldaten in das Feuer überlegener französischer Kriegswaffen gejagt werden, und hinter ihnen würden die Schützen-Battalione der Sowjets stehen, um geradezu wie es in Rußland geschehen ist die Todgeweihten mit dem Geschloß der Meißnischen Gewehre vorzutreiben. (!) Dann würde Deutschland das Schicksal des neuen Krieges sein, dann würden seine Felder zerrissen und die Werke seiner Industrien zerstört und dann würden, wie auch das schließlich Ende des Kampfes sein möge, viele Millionen von Deutschen dem erbärmlichen Hungertode verfallen sein. (!) Das alles aber würde geschehen lediglich zum Nutzen der Gewalttäter in Moskau (!) Es ist ruhmvoll, für das Vaterland auf dem Felde der Ehre zu sterben (!) Für die Gewalttäter in Moskau aber, welche Millionen des russischen Volkes zugrunde gerichtet haben (!) für die darf kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden.

Wenn Reehberg meint, daß er die Proleten damit schrecken kann, so ist er im Irrtum. Seine Ratschläge wird das Proletariat in den Papierkorb werfen und auch in Deutschland keine Arbeiter- bzw. eine Sowjet-Regierung schaffen, die trotz alledem und alledem Schluf machen wird mit den kapitalistischen „Interessengemeinschaften“, mit den „gewaltigen Vorteilen der Industrie“, also mit der Ausbeutung des Proletariats durch die großen und kleinen Wucherer! Für das Proletariat Deutschlands ist dies „nicht unerreichbar“ weil es ein ökonomisches und politisches Gesetz ist, und erst unter dem Druck der Arbeiterregierung wird der „richtig gemachte Zusammenschluß produktiver Kräfte“ und „das Uebereinkommen“ möglich sein das „gewaltige Vorteile bringt für alle, die daran teilhaben.“

Der Streit der Kohlengräber Frankreichs endete mit einem Erfolg.

Im preussischen Landtag provozierten und griffen die Sozialdemokratischen Abgeordneten unsere Gewissen mit sozialistischer Rohheit an. Heilmann (SPD) versprach in Zukunft wieder so vorzugehen.

Leutnant Rohbach ist in Altona bei Raumburg verhaftet worden, wurde jedoch freigelassen, da kein Fluchtverdacht und kein Haftbefehl gegen ihn vorlag.

Heinrich Köster, Vorstands-Mitglied der freigewerkschaftlichen U. V. B. solidarisierte sich auf dem Märkischen Banerntag in Berlin unter lebendem Beifall mit den Großagrariern, die gegen die Revolution drückten, dem Proletariat drohten und dem Meißnerschächter Hindenburg Ovationen darbrachten! In Berlin fanden am Dienstag, 20. Massendemonstrationen statt. Die Gruppe schlug zum Schutz der deutschpöhlischen (faschistischen) Versammlungen auf die Arbeiter ein.

## Warum der Dollarsturz?

E. P. Der Dollar ist gefallen. Die Börse, die großen und noch mehr die kleineren Spekulanten, weite Schichten des Bürgertums sind bestürzt, verwirrt. Als erstes Opfer ist schon eine solide ältere Bankfirma gefallen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, und ihr werden gewiß noch mehr folgen. Die bürgerliche Regierung, ja sogar die ausgesprochene Regierung der deutschen Schwerindustrie, hat plötzlich Ernst gemacht, die seit Jahren und Monaten versprochenen Maßnahmen gegen die Valutaspekulation und den Marksturz zu ergreifen. Die schon seit mehreren Tagen herrschende Geldknappheit wurde ausgenutzt, um eine wesentliche Hebung der Mark herbeizuführen. Die Reichsbank warf größere Posten Pfund Sterling auf die Börse und zur gleichen Zeit wurde sehr scharf die Devisenbeileihung eingeschränkt. Dem unerhörten Unfug der deutschen Bank-, Geschäfts- und Spekulationkreise, die durch Beileihung von Devisen große Kredite von der Reichsbank erhalten hatten zu einem Zinssatz von 12 Prozent jährlich, um dieses Geld ihrerseits zu einem Jahreszinssatz von 90 bis 360 Prozent weiterverleihen zu können oder dafür Devisen aufzulaufen, und dadurch den Kurs der Mark zu drücken und der Reichsbank entwertetes Geld wieder zurückzahlen und so sich auf Kosten des Staates in der Wirklichkeit auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu bereichern, wurden gewisse Schranken gesetzt. Die Einschränkung der Devisenbeileihung zwang die Geschäftskreise, um aus der Geldlemme herauszukommen, einen Teil der gehamsterten Devisen auf den Markt zu bringen und den Kurs der Mark dadurch zu heben. Der Dollar sank wieder unter 20 000.

Um den Weltmarkt mit billigen Waren zu überschwemmen und keine Steuern zu zahlen, um die schweren Lasten der Reparationen auf die breiten Volksschichten abzuwälzen, haben die deutschen Industriekönige fortwährend die Mark gedrückt und jeden noch so schätzbaren Versuch der Markstabilisierung sabotiert. Plötzlich hat diese Szene gewechselt. Die Regierung der Schwerindustrie intervenierte, um die Mark zu heben. Man spricht sogar von einer auf mehrere Wochen berechneten Stützungsaktion. Eine Utopie wurde zur Wirklichkeit im kapitalistischen Deutschland. Die Regierung Cuno ist „Sachwalter der Interessen der breiten Volksschichten“ geworden.

Wo liegen die Ursachen dieses Umfalles, dieses Umchwunges in der Valutapolitik der deutschen Großindustrie und ihrer Regierung?

Die nationale Bewegung, die abstaut, muß aufrecht erhalten werden. Die zurückgehende Arbeitsfredung und Arbeitslosigkeit im besetzten Ruhrgebiet und auch im unbesetzten Deutschland will die Regierung durch eine entsprechende Lebensmittelpolitik (Anlauf im Ausland) mildern, um die „Durchhaltepolitik“ fortsetzen zu können. Die deutsche Industrie, die jetzt von Kohle und Eisen des Ruhrgebietes (die 60 bzw. 75 Prozent der Gesamtproduktion Deutschlands ausmachen) abgeschnürt ist, muß jetzt größere Rohstoffaufkäufe im Ausland vornehmen. Die im unbesetzten Deutschland verbliebenen Werke der Stinnes-, Klöpper-, Thyssen-Konzerne u. a. m., müssen jetzt ihre Rohstoffe aus England, der Tschechoslowakei und anderen Ländern beziehen, und deshalb sind sie an einem Rückgang der Devisenkurse interessiert. Andererseits sind diese Konzerne vorübergehend nicht so stark an einem niedrigen Markkurs als Exportprämie interessiert, weil die Produktion der Hauptteile dieser Konzerne, die sich im besetzten Gebiet befinden, paralytisch und ihre Exportfähigkeit stark zurückgegangen ist. Im Gegenteil. Der Export — wenn er überhaupt in großem Umfang möglich sein sollte — ist jetzt von einem niedrigen Devisenkurs abhängig, weil das Gros der deutschen Industrie — ohne das Ruhrgebiet — auf den Auslandsrohstoff angewiesen ist. Die Schwerindustrie, die am meisten an einem Rückgang der Mark interessiert war, hat vorübergehend aus wirtschaftlichen Gründen jetzt ein geringeres Interesse daran, und aus politischen wäre für sie sogar eine Hebung des Markkurses wünschenswert, um einen Druck auf Frankreich auszuüben und den bevorstehenden Ruhrhandel mit Frankreich für sich ausnützen zu können. Der große Rohstoffmangel Kohle und Eisen — der ganzen Industrie im unbesetzten Deutschland und das Desinteressent der Schwerindustrie am Marksturz ermöglicht es der Regierung, jetzt und nur jetzt die Stützungsaktion durchzuführen, macht sie sogar wünschenswert.

Und die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten?

Für sie sollen die Vorgänge an der Börse in den letzten Tagen eine klassische Illustration dessen sein, was in der deutschen Republik seit Jahren und Monaten vorgeht. Der Marksturz, der die Hauptursache der Ver-

# Arbeiter, Genossen!

Die nationalistische Reaktion nutzt die Befehle des Ruhrgebietes aus, um unter der Maske nationaler Phrasen ihre Kampforganisation gegen die Arbeiterklasse auszubauen. Überall macht sich der militärisch organisierte, mit Gummiknüppeln, Schlagringen usw. bewaffnete nationale Pöbel breit.

## In erster Linie richten sich die Rüstungen der Reaktion gegen die Arbeiterklasse!

Wenn wir uns nicht wie Hunde niederschlagen lassen wollen, wenn wir verhindern wollen, daß die Faschisten ebenso mächtig wie in Italien werden, dann dürfen wir es nicht ruhig geschehen lassen, daß die Nationalisten jetzt den nationalen Kummel ausnutzen um ihre militärischen Organisationen gegen die Arbeiterklasse auszubauen.

Arbeiter, Kollegen! Nehmt deshalb sofort in den Betrieben zur Abwehr der Reaktion Stellung.

## Distutiert nicht nur, sondern handelt! Handelt sofort!

## Gegen Löffelträger hilft kein Distutieren!

Beschließt je nach Größe des Betriebes die sofortige Schaffung von Zehner- oder Hundertschaften zur Abwehr aller nationalistischen Angriffe auf die Arbeiterklasse!

Bedenkt, daß man mit bewaffneten Reaktionen nicht distutieren oder mit leerer Faust gegen sie kämpfen kann.

## Sorgt dafür, daß sie die Schläge, die sie uns zugebracht haben, von uns bekommen! Schlägt die nationalistischen Arbeiterfeinde nieder!

Sorgt Cuno nicht für sie, so müssen die Proleten für sich selbst sorgen.

In Wald bei Solingen und in Hagen i. W. sind die Kontrollausschüsse und Betriebsräte darangegangen, die Geschäftsleute und Händler zu Preiserhöhungen zu zwingen.

Einige Stunden nach ihrem Besuch bei den Händlern erfuhr die Arbeiter Walds, daß hinter den herabgelassenen Rolläden der Geschäfte die Preise eifrig abwärts numeriert wurden.

Am Donnerstagsmorgen war Margarine von 6000 Mark auf 3000 Mark, Speck von 8000 Mark auf 6000 Mark herabgerutscht.

In Hagen und Halpe setzte die erregte Arbeiterklasse unter Führung von Betriebsräten und Hauptstragten der Kontrollausschüsse am Sonntag in mehreren Stadtvierteln die Preise wichtiger Lebensmittel herab. Die Polizeiorgane unterstützten die Bewegung. Die Betriebskommissionen sorgen für Aufrechterhaltung eines geordneten und planmäßigen Vorgehens.

Herunter mit den Preisen! Das muß jetzt die Losung aller Kontrollausschüsse sein.

Das Beispiel Hagens und Walds muß auch in Schlefien Schule machen.

## In der Reichstagsführung

nom 21. Februar sprach Genosse Eichhorn zu der Schupofrage. Er führte u. a. aus:

Wir verlangen eine völlige Umgestaltung der Schupo, die noch unter den wilhelminischen Diktatoren steht und jetzt gegen alle Verbrechen verlagert. Eine Straßenschnitzerei, eine Postinspektion und eine unpolitische Kriminalpolizei mit nur ganz beschränkter Schupo vor der Schupo, die im Arbeiter von Staatsfeind erblich und vererbte mifshandelt. In der Polizeidirektion zu Berlin ist ein verhafteter junger Mensch sogar zu Tode gequält worden. Soz. Arbeit sollte vor allem geübt werden bei den 30000 Personen der alten wilhelminischen Offiziere. Nicht weniger als 230 Generäle der wilhelminischen Armee besitzen von der Republik Pensionen. In der jetzigen monatlich 888 000 Mark beträgt die Schupozahl in der Besatzung des Reichslandes gestiegen, und wir gegen den Geist des in der Regierung herrschenden Herrn Strauß kämpfen, so werden wir auch nicht eher ruhen, als bis wir mit dem heutigen revolutionären System in der Schupo Polizei ausgeräumt haben.

## Mussolini droht in der italienischen Kammer mit Hinrichtungen.

In seiner Kammerrede vom 12. Februar erklärte Mussolini, er übernehme persönlich die Verantwortung für die Maßnahmen, die gegen die Kommunisten getroffen wurden und sei nicht bereit, hierüber nähere Erklärungen abzugeben. Der Faschistenstaat werde sich nicht nur verteidigen, sondern auch angreifen. Diejenigen, die ihn im Ausland diffamieren oder im Innern untergraben wollen, jehen sich hatten Ueberrassungen aus. Die Feinde des Staates sollen sich aber nicht wundern, wenn sie auch mit aller Strenge als solche behandelt werden. Heute sind sie in den Gefängnissen, in denen sie lange bleiben werden, morgen kann es aber noch schlimmer kommen.

Das Mussolini-Organ „Popolo d'Italia“ schreibt zu den Kommunisten-Verhaftungen: „Der demokratisch-humanistische des vergangenen Jahrhunderts hat uns an einem Straßengebiet die Todesstrafe gestiftet. Die Diktatur aber hat ihre geschichtlichen Pflichten und die Kommunisten sollen sich keine Illusionen machen. Mussolinis Diktatur hat die Pflicht, den Staat mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Die Sprache ist offen und ungewöhnlich. Es ist die Pflicht des internationalen Proletariats, durch seine Aktion den faschistischen Herrern Einhalt zu gebieten. Hier kann es keinen Unterschied zwischen kommunistisch und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern geben. Der Faschismus ist der Todfeind der Arbeiterklasse und verachtet jetzt in Italien, sie ihrer führenden Köpfe zu berauben. Das internationale Proletariat ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit kann und darf dazu nicht schweigen.

## Die Kommunistenverfolgungen in Italien.

Die Massenverhaftungen kommunistischer Arbeiter und Funktionäre werden in ganz Italien fortgesetzt. Die Gefängnisse

sind mit Kommunisten überfüllt. Die Regierung versucht gar nicht mehr, die Verfolgungen zu motivieren. Mussolini erklärte in der Kammer, es sei ganz gleichgültig, ob das kommunistische Komplott existiere oder nicht.

## Die Ohnmacht der Amsterdamer gegenüber der Kriegesgefahr.

Auf dem Kongreß des französischen reformistischen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich der Sekretär der Amsterdamer Internationale Jimmen wörtlich folgendes erklärt: „Die Aktion, die wir beschlossen haben (auf dem Haager Kongreß) machen wir nicht, und wir können sie nicht machen. Wir hätten gern etwas anderes gewollt, als uns an den Völkerbund zu wenden, aber in allen Ländern schläft die Arbeiterbewegung.“ Die Ausrede Jimmes, der auf dem Haager Kongreß in einem wilden Wortradikalismus schwelgte, und den imperialistischen Regierungen für den Fall eines neuen Krieges die tollsten Dinge androhte, ist kläglich genug. Nicht die Arbeiterklasse schläft, sondern die reformistischen, im Dienst der Bourgeoisie stehenden Führer bemühen sich, die Arbeiter einzuschlafen. Das Proletariat aller Länder aber muß den Jimmen, Leipart und Konjorten zeigen, daß es wach ist!

## Kurze Meldungen.

Die 2. Belegschaftsversammlung der Gustav Grube (Rothenbach) und die Kartellversammlung Waldenburg lebten am 14. Februar das Verbot einer Ueberstunde zu Gunsten der „Ruhrliste“ ab. Die Mitgliederversammlung des D. M. V. Zehlfeldt Jauer hat sich bereit erklärt einen Stundenlohn zu opfern, zur Sicherung des proletarischen Klassenkampfes und fordert vom Hauptvorstand im AOBV, dahin zu drücken, daß er offiziell seinen Austritt aus der „Einheitsfront“ mit dem Kapital zurücktritt.

In Belgien streiken im Bezirk Beaumivage von 35 000 Bergarbeitern 27 000.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde ein Wucherergesetz beraten, nach welchem vorläufige Preistreibern mit 15 Jahren Zuchthaus bestraft werden soll. Die Junker beantragen die Todesstrafe! Sie werden sich also selbst um die Götter bringen und Cuno wird die Kohle-, Eisen- und Stahlmagnaten ins Zuchthaus bringen lassen. Wer glaubt bekommt eine Illustation.

Der Dollar ist bereits wieder auf 23 792. - M. heraufgelaufen!

Bei Krupp sind Arbeiterwehren (eingeteilt in Zehner- und Hundertschaften) gebildet worden.

Zwischen Seede und Gebering haben Besprechungen über den Ausbau der faschistischen Organisationen stattgefunden.

Der Brüsseler Omerchafstrat fordert die einheitliche Arbeiteraktion gegen den Imperialismus.

Die Engländer haben den Franzosen die durch das von ihnen besetzte Gebiet führende Eisenbahn zur Benutzung überlassen.

Aus Ostpreußen sind die französischen Truppen wieder abgezogen nachdem sie die 100 Mill. Mark „Duße“ eingetrieben haben. Post und Verkehr sind wieder im Gange.

Das Büro der Bergarbeiter-Internationale hielt in Amsterdam eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, die Proteste der Arbeiter gegen die Ruhrbesetzung in drastischer Weise zu unterstützen!

## Aus der Jugendbewegung.

### Der Reichsausschuß der kommunistischen Jugend in Hamburg.

Am 17. und 18. Februar tagte im Hamburger Gewerkschaftshaus der Reichsausschuß der kommunistischen Jugend Deutschlands. An der Tagung nahmen Delegierte aus allen Bezirken teil, ferner Vertreter der KPD, des GK, der KJG, sowie des russischen, norwegischen und italienischen Jugendverbandes. Der Vertreter des französischen Verbandes war nicht zum Kongreß zugelassen worden.

### 1. Verhandlungstag.

Mit einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Gähler wurde die Tagung eröffnet.

Georg Brandler referierte über den 1. Weltkongreß der KJ und über den Parteitag der KPD. Er begann mit einer eingehenden Schilderung der Erfahrungen der russischen Revolution und der neuen ökonomischen Politik Rußlands. Er stellte die Zerfallskrise in den kapitalistischen Ländern den wirtschaftlichen Aufstieg Rußlands stellte er die Zerfallskrise in den kapitalistischen Ländern gegenüber. Der objektive revolutionäre Situation in Deutschland steht eine subjektiv weniger revolutionäre Situation gegenüber. Die Novemberrevolution ist gescheitert, weil die große revolutionäre Partei fehlte. Wir müssen in der Partei Kaders von revolutionären Jahren schaffen, die das Vertrauen der Massen besitzen. Wir müssen jeden Kampf mitkämpfen, auch wenn seine Ziele noch unzulänglich sind. Brandler behandelte dann eingehend die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

In der Diskussion sprachen als Vertreter der Opposition die Genossen Binke-Berlin und Brütel-Hessen. Wir müssen unsere Lösungen so formulieren, daß sie klar das Gesicht der Partei zeigen. Die Arbeiterregierung sei die erste und vollkommene Stufe der Diktatur des Proletariats. Man habe die Opposition nicht loyal behandelt, sie die Zentrale gehören die Beherr der Mehrheit und der Opposition.

In seinem Schlußwort betonte Gen. Brandler, daß nicht das Programm das Entscheidende der Arbeiterregierung sei, sondern die Kraft der Massenbewegung.

Genosse Schulz spricht sodann über die Ergebnisse des 3. Weltkongresses der KJ.

In Deutschland mangelte es daran, daß wir keine geeignete Verbindung mit den Jugendlichen der Betriebe der Großindustrie und der Mittelbetriebe hatten. Es gibt die Organisation auf die Zellenarbeit in den Betrieben unzureichend. Diese Reorganisation darf keine mechanische sein. Die Einheitsfronttaktik soll geführt werden im Sinne der geschäftsmöglichen Sammlung der breiten Massen der Arbeiterjugend zum Kampfe um alle Tagesforderungen. In der Frage des Kampfes gegen den Militarismus zeigten sich auf dem Kongreß keine Differenzen.

Eine Diskussion fand nicht statt.

Zur Behandlung steht sodann die Frage der Schulentlassung.

Genosse Wiedmaier behandelte eingehend die Berufsaussage und die Frage der Berufsausschüsse.

In der Diskussion wurde die Frage der Bildung von Arbeitsgemeinschaften als Zwischenstadium und zur Vorbereitung auf die Tätigkeit der KJ angesprochen.

Im Schlußwort bespricht Wiedmaier b. w. d. die Frage der Bewußung der Jugendlichen in den Parteien. Als Vertreter der KJ Italiens erscheint Genosse Zanquilli und wird mit Beifall und mit dem Abgehen der Internationalen stürmisch begrüßt.

elendung der breitesten Volksschichten ist, wurde dadurch bisher nicht aufgehoben, weil die Industrie dabei für sich große Profite herausgeschlagen und sich auf Kosten der arbeitenden Volksschichten bereichert hat. Die Lühnerischen Versuche der Marktstabilisierung der Kleinbürgerlichen Wirth-Regierung versagten immer, weil es die Industrie nicht wollte und daran kein Interesse hatte. Dies gelang aber der schwerindustriellen Regierung Cuno, weil es Stinnes, Klödner u. Co. in diesem Moment nicht schadet, sogar von Vorteil ist.

Die wirtschaftlichen und politischen Ursachen, die die Stützungsaktion veranlaßt hatten, sind aber vorübergehend. Die deutschen Kapitalisten werden wieder in kurzer Zeit zu ihrer Politik der weiteren Erdrosselung der Welt zurückgehen, um die Reparationszahlungen auf die Arbeiter abzuwälzen, um sich vor Steuern zu drücken, um eine Exportprämie zu haben und wieder enorme Profite aus der Valutaspekulation auf Kosten des Reiches zu ziehen. Nur eine Arbeiterregierung, gestützt auf die Betriebsräte, wird imstande sein, ihren Willen den deutschen Kapitalisten aufzuzwingen, das Rückgrat ihrer Macht zu brechen und eine Valutapolitik im Interesse der breiten Volksschichten zu führen. Das sind die Lehren, die jeder Arbeiter, Angestellter und Beamte aus dem jetzigen Dollarkrisis ziehen sollte und ziehen muß.

## Getreidepreis und Dollarkurs.

Dem sprunghaften Steigen des Dollarkurses, hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Januar, folgte ein ebenso sprunghaftes Steigen der Getreidepreise. Als am 31. Januar der Dollar den Stand von 49 000 M. erreicht hatte, wurde am Berliner Markt ein Zentner Weizen mit 68 000 Mark und Roggen mit 63 000 M. notiert. Nachdem die Regierung durch eine groß angelegte Börsenspekulation in den letzten Tagen zugunsten der Devisenspekulation den Dollar auf Kosten des Reiches um 50 Prozent in seinem Marktwert herabgedrückt hat, verspüren die Herren Großgrundbesitzer und Getreidehändler keine Lust, nun die Getreidepreise an das Schicksal des Dollars zu fetten. Nur ganz minimal sind die Preise am Berliner Markt gesunken. Es wurde am 12. Februar am Berliner Markt pro Zentner Weizen mit 66 000 Mark, pro Zentner Roggen mit 58 000 Mark notiert. Während die Großgrundbesitzer am 31. Januar für einen Zentner Weizen rund 1 1/2 Dollar kaufen konnten, können sie heute mehr als 2 1/2 Dollar damit beschaffen.

Die Kubration der Cuno-Regierung mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer ist, wie ersichtlich ein glänzendes Geschäft für die Industrie- und Agrarkapitalisten.

## 50 Zentner Kohle und 5 Zentner Kartoffeln.

Wir sind ein einzig Volk von Brüdern. So heißt der nationalistische Mob. Und die Faschisten tunen zu einem blutigen Ueberfall gegen das revolutionäre Proletariat. Mittlerweile treiben die kapitalistischen Banden die Preise in die Höhe. Ein Wuchererford schlägt den anderen. Aber wer nicht mitbrüllt. . . „ein einzig Volk von Brüdern“, dem schlägt man den Schädel ein.

„Im Kohlenpott“ bei den Arbeitern herrscht Kohlenmangel. Aber die Halde bei den Jochen sind gefüllt. Sie können keine neuen Kohlen mehr aufnehmen. Schon aus diesem Grunde hoch die Produktion. Aber je länger die Erzeugung eingeschränkt bleibt, je größer der Kohlenmangel, um so üppiger kann sich der Kohlenwucher entfalten. Ist es nicht ein Wahsinn, daß Millionen von Tonnen Kohlen auf den Halde liegen und Proletariatskinder sterben? Auf solche Frage gibt es keine verschiedene Antwort. Ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob Unabhängiger, ob freimärklich, inndividualistisch, unionistisch, christlich oder sonstige organisiert, es gibt nur die eine Antwort auf die Frage: Ja das ist Wahsinn! Aber noch wahrscheinlicher wäre es, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten der einmütigen Antwort nicht auch die einmütige Aktion folgen lassen wollten, die notwendig ist, um mit dem kapitalistischen Wahsinn aufzuräumen. Und wenn die Arbeiter und alle Kollektenden in dieser Frage einig sind, dann können sie die Halde leeren, dann können sie die leeren Keller füllen.

Und es wäre ein Wahsinn, wenn trotz der reichlichen Kartoffelernte im Deutschen Proletariat nicht einmal einige Pfund Kartoffeln im Hause haben können.

Darum fordert die KPD 50 Zentner Kohle und 5 Zentner Kartoffeln. Wir wissen, das ist eine ganz bescheidene Forderung, trotzdem, ihre Durchföhrung bedeutet für tausende von Proletariatsfamilien schon sehr viel. Und wenn man in allen Betrieben die Kontrollausschüsse und Betriebsräte beauftragt werden, sich für die Bewerkstelligung dieser Forderung einzusetzen, wenn das gleiche in allen Gewerkschaften, in allen Versammlungen, in allen Gemeindevvertretungen verlangt wird, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß das Proletariat die Anerkennung und Durchföhrung der Forderung durchsetzt.

Es wäre Sache der Gemeindevverwaltungen, die Ausführung der Forderung sofort zu übernehmen. Geht es es nicht freiwillig, dann muß das Proletariat mit seiner Einheitsfront die erforderliche Bereitwilligkeit schaffen.

## Herunter mit den Preisen!

### Erfolge der Kontrollausschüsse.

Cuno renkt mit dem Golde der Reichsbank den Dollar. Aber die Preise der Lebensmittel bleiben oben.

Cuno verhaßt sich mit seinem Kampf gegen den Dollar der Stinnes, Thyssen u. Co., mit dem Golde des Reiches billige Auslandsdevisen. Aber die Arbeiterfamilien sind weiter den Wucherern und Schiebern schutzlos ausgeliefert.

Die Regierung der nationalen Einheitsfront sorgt für die Kasse der Schwerkapitalisten. Aber die Massen hungern weiter.

# Schlesische Rundschau.

## Zugung des Provinzialauschusses.

20 Millionen für die Ruhrspende. — 5 Millionen für die Opfer des Kapitals.

Am 19. Februar trat der Provinzialauschuss der Provinz Oberschlesien zu einer Sitzung in Oppeln zusammen.

Der Vorsitzende, Kanonikus Ullrich, hielt in Anbetracht der Ruhrbesetzung die fällige, mit nationalistischen Phrasen gespielte Hehre. Der Ausschuss nahm davon Kenntnis, daß der gemeinschaftliche Ausschuss der beiden Provinzen Schlesien 20 Millionen Mark für die Ruhrspende bewilligt habe. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß er den Hinterbliebenen der Opfer des Unfalls auf der Heintzgrube sein Beileid ausgesprochen habe. Zu Gunsten der Hinterbliebenen der Opfer aus den Grubenunglücken auf Abwehrgrube, Heintzgrube und Knoffschacht bewilligte der Ausschuss dagegen nur 5 Millionen Mark, eine Summe, die bei der großen Zahl der Hinterbliebenen lächerlich gering ist.

Als Nachfolger des verstorbenen Pfarrers Wajda wurde der Prokurist Stanislaus Weber in Beuthen O.-S. als Mitglied des Provinziallandtages festgestellt. Weiter befahl sich der Ausschuss mit der Frage der Unterbringung der Behörden innerhalb der Grenzen Oberschlesiens. Er beschloß den von dem Provinziallandtag für ober-schlesische Theater bewilligten Zuschuß von einer Million Mark in Höhe von je 200 000 Mark an die Stadtgemeinden Oppeln, Reisse, Ratibor, Beuthen und Gleiwitz zur Verteilung zu bringen. Schließlich befahl er sich mit der Frage der Errichtung eines Lehrstuhls für polnische Literatur, Sprache und Geschichte an der Universität Breslau und beschloß dahin bei den zuständigen Ministerien vorstellig zu werden.

An die Sitzung schloß sich eine Besichtigung der Hebammenlehranstalt an.

## Wann kommt volle Bucherfreiheit?

Der „Schlesische Landbund“ richtet an die Regierung folgende Anfrage: „Die im Schlesischen Landbund zusammengeschlossene schlesische Landwirtschaft fordert von der Regierung eine möglichst baldige Befreiung der beabsichtigten Getreidebewirtschaftung für das Jahr 1923. Die Landwirtschaft und das gesamte Volk haben ein Recht darauf, über diese, für das gesamte Volk so unendlich wichtigen Frage nicht länger im Unklaren gelassen zu werden.“ Die Agrarkapitalisten wollen als Dank für ihre Ruhrspende neben den enormen Preisen am freien Markt für Agrarprodukte die Beseitigung der Getreideumlage.

## Der langen Rede kurzer Sinn.

Der bekannte Landbundführer Freiherr von Richthofen veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 15. Februar 1923 einen langen Artikel. Er verteidigt sich gegen die Vorwürfe, als ob die Agrarkapitalisten die Ruhraktion benützt würden zu gewaltiger Steigerung der Agrarproduktionspreise. Was sagt nun Freiherr von Richthofen dazu? Er erklärt, daß die Industrietapitalisten noch mehr wuchern als die Agrarkapitalisten und bringt dafür eine Reihe von Zahlen, aus denen er den Schluß zieht, daß ja dem Gutsbesitzer nichts anderes übrig bleibt, als die arbeitende Bevölkerung bis aufs Blut auszulaugen. Das ist der Sinn der Ausführungen des Landbundführers. Nehmen wir an, dies entspreche den Tatsachen, dann ergibt sich daraus desto mehr die Notwendigkeit zum Kampf der proletarischen Massen gegen die hässliche kapitalistische Wirtschaft.

# Wie politische Gefangene behandelt werden.

Der Genosse Kaufmann, der sich im Zuchthaus in Striegau befindet, hat kürzlich folgenden Brief an einen Genossen gerichtet:

Werter Genosse! Nach der Behandlung, die wir hier erfahren, ist es mir unmöglich, zu glauben, daß heute noch eine Arbeiterbewegung existiert. Wie Ihr wißt, erhalte ich täglich die „Volkswacht“. Diese Zeitung wurde mir vom Unterwachtmeister Vogel als Spartaistenblatt beistellt. Ferner wird mir die Zeitung, sobald ich sie gelesen habe, weggenommen und in der Verwaltung anderweitig verwertet, obwohl ich schon zweimal dagegen protestiert habe. Ich verdiene hier ungefähr 200 Mark den Monat. Die Zeitung hat als Altpapier einen Wert von 300 Mark. Ich werde also nicht nur um meine Arbeitskraft, sondern auch noch um die Zeitung bestohlen.

Wenn wir in die Freistunde gehen und es kommt ein Beamter der Verwaltung über den Hof, so ertönt das Kommando: „Achtung!“ Kommentar überflüssig.

Wer sich weigert, seine Haare kurz zu schneiden, oder sich glatt rasieren zu lassen, wird mit Gewalt dazu gezwungen. So gibt es noch sehr vieles; vielleicht wird von draußen gefordert, daß sich diese Sachen ändern.

Ich verbleibe mit donnersden Grüßen!

gez. J. Kaufmann.

Diese paar Zeilen des Genossen Kaufmann beleuchten blickartig die unerhörte Schmachvolle Behandlung der politischen Gefangenen in der „freiesten Republik der Welt“. Wie uns noch von anderer Seite mitgeteilt wird, wird Genosse Kaufmann in unerhörter Weise behandelt. Obwohl er schwer krankenkrank ist

und ihm der Anstaltsarzt selbst die Tischarbeit verboten hat, verweigert man ihm jeden Urlaub, den er zur Wiederherstellung seiner schwer erschütterten Gesundheit unbedingt benötigt. Ja, der Anstaltsarzt besitzt sogar den Impuls, zu erklären, daß wenn Genosse K. das Frühjahr noch erlebt, er ihn beurlauben will. Wahrscheinlich will er nach berühmten bayerischen Muster (Fall Haagemister) dem Gen. Kaufmann erst forsetzt zu Tode quälen und ihn dann dauernd beurlauben — nämlich für den Friedhof.

Es ist höchste Zeit, daß sich die gesamte Arbeiterschaft endlich einmal für die Befreiung der politischen Gefangenen einsetzt und es verhindert, daß revolutionäre Klassenkämpfer, die ihre Pflicht für das Proletariat getan haben, auf „gesetliche Weise“ gemordet werden.

Wir fordern das sofortige Eingreifen des Justizministers und die Beurlaubung des Genossen Kaufmann. Wir fordern ferner, daß endlich Schluss gemacht wird mit diesem System der Schikanen gegenüber politischen Gefangenen. Während der Mörder Eisners, Graf Arco auf der Felsung ein Hetzenleben führt, werden die proletarischen politischen Gefangenen zu Tode gequält!

Wie lange soll diese Schmach noch dauern? Der Kampf gegen diese Justizschmach ist nicht nur eine Angelegenheit der kommunistischen Partei, nein, dieser Kampf muß geführt werden von dem gesamten klassenbewußten Proletariat in Schlesien. Die schlesischen Arbeiter müssen verhindern, daß Schlesien, auch in Bezug auf die Behandlung proletarischer Freiheitskämpfer, zu einem zweiten Bayern wird!

# Aus Gewerkschaften und Betrieben.

## Wie die Bergarbeiter verraten wurden.

Ein Bergarbeiter aus dem Waldenburger Gebiet schreibt uns:

Ein trasses Beispiel wie man den Bergarbeitern die 7-Stundenschicht rauben will, zeigt das getroffene Ueber-schichten-Abkommen. Die Bezirksleitung des Bergarbeiter-Verbandes war am 26. 1. schon über die Verhandlungen in Berlin zwecks Abmachung neuer Ueber-schichtenabkommen unterrichtet, ebenso über die Leistungen desselben. Laut Verbandsstatut war die Bezirksleitung verpflichtet, zur einberufenen Reviersonferenz auch die Tagesordnung zu veröffentlichen. Wäre dies geschehen, so könnten die Betriebsräte mit den Kameraden in den Betrieben Stellung nehmen. Es war also von vornherein auf eine bewußte Irreführung der Bergarbeiterschaft abgesehen und bedauerlicher Weise stimmte der größte Teil der Betriebsräte diesem Abkommen zu, nicht im Bewußtsein dessen, zur Verschlechterung der Existenz der Bergarbeiter beigetragen zu haben. Der Betriebsrat der Fürstensteiner Gruben zum größten Teil mit SPD-Leuten besetzt, hatte natürlich sofort wieder Gelegenheit, erneut den Kameraden Ueber-schichten zu empfehlen, hatte er doch eine Woche vorher eine Mehrschicht mit der Direktion vereinbart. Mehr denn je ist der Wille der Bergarbeiter nach Urabstimmung berechtigt, denn diesen Führern kann sie ihr Schicksal nicht anvertrauen, dieser Weg führt uns Verderben. In dieser Zeit wo man mit den Bergarbeitern immer frecher umgeht, wo man schon verschiedene Kameraden gemahregelt hat ist es Zeit, daß das Ueber-schichtenabkommen wieder gelündigt wird. Bergarbeiter setzt euren Führern auf die Finger, hört nicht auf ihr Mundwerk!

## Bericht über die Baugewerksbund-Versammlung in Landeshut i. Gchl.

### Ablehnung der Ruhrhilfe. Unzufriedenheit mit dem Lohnabkommen.

Die am 9. Februar tagende Baugewerksbund-Versammlung faßte folgende Resolution:

Wir Bauarbeiter von Landeshut protestieren aufs schärfste dagegen, daß unser Gauleiter Köster an den letzten Lohnverhandlungen vom 31. Januar sich als strikter Vertreter des Stinneskapitals gezeigt hat, da er die gerechte hundertprozentige Forderung lehorberte und er an Stelle dieser eine fünfzigprozentige begründete und für angemessen fand. Wir verlangen Klassenkampf und keine Arbeitsgemeinschaft!

Ferner wurde die Ruhrhilfe ebenfalls einstimmig abgelehnt, dagegen wurde aber mit großer Mehrheit beschlossen, dafür eine Sammlung für die Ludwigshafener Bauarbeiter auf den Baustellen vorzunehmen.

## Bericht von der am 9. Febr. stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Zertilarbeiterverbandes in Freiburg.

Der Vorsitzende, Kollege Wendrich, eröffnete die Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vollnot und Ruhrbesetzung; Referent Gauleiter Frisch; 2. Bericht von der Lohnverhandlung; 3. Anträge und Beschlüsse. Kollege Köster verlangte, daß der erste Punkt von der Tagesordnung gestrichen wird und den Mitgliedern eine Aufklärung über die Verzögerung der Lohnverhandlungen im vorigen Monat gegeben wird. Diesem Antrag wurde allgemein zugestimmt. Kollege Frisch verstand es unter diesem Punkt ausgezeichnet, die Mitglieder einzulullen. Ein großes Interesse mochte er ja leider an der Ruhrbesetzung haben. Der Redner mußte verschiedene Male von untern Genossen aufgeföhrt werden, bei der Sache zu bleiben. In seinen Ausführungen kam er auch darauf zu sprechen, daß es den Unternehmern sehr schwer gemacht wird, Rohstoffe einzukaufen, die Rohstoffe mühten aus dem Zustande bezogen werden und dafür mühten Weltmarktpreise gezahlt werden. Er sagte aber nicht, daß die Unternehmer für ihre Produkte auch Weltmarktpreise verlangen und den Arbeitern Hungerlöhne zahlen. In seinen Ausführungen mühten schließlich die „bösen“ Kommunisten wieder herhalten. Auch den Kollegen Hermann Krause, welcher als Gast anwesend war, griff er in brutaler Weise an. Kollege Köster gab den Bericht von der Lohnverhandlung. Als erster Diskussionsredner sprach dann Koll. Krause. Er stellte dann den Gauleiter Frisch in das rechte Licht und geißelte dann die Zielangabe der Gewerkschaften zur Ruhrbesetzung. Auch hier gelang es dem Kollegen Krause, die Ruhrbesetzung den Arbeitern als das hinzustellen, was sie ist. Die Ausführungen des Kollegen Krause wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es meldeten sich noch mehrere Kollegen zum Wort. Kollege Wendrich erteilte es ihnen nicht, sondern erklärte um 10 Uhr mühte die Versammlung, der Polizeistunde wegen, geschlossen werden, und erteilte dem Gauleiter Frisch das Wort. Darauf griff eine große Erregung Platz und Kollege Frisch konnte mit seinen Ausführungen nicht beginnen. Kollege Wendrich schloß die Versammlung. Auf das Drängen der Versammlung ernannte der zweite Vorsitzende, Kollege Köster, zum zweiten Male die Versammlung. Nachdem die Ruhe wieder eingetreten war, erhielt Kollege Hund das Wort, wurde aber von dem blamierten Gauleiter am Sprechen gehindert. Darauf sprach ein großer Sumult ein und ein Kollege verlangte, daß Kollege Frisch gezwungen werden muß, sein Amt als Gauleiter niederzulegen. Drei Vorstandmitglieder mit Frisch in der Mitte, verließen unter großem Wutgeheul den Saal. Somit hat die Freiburger Zertilarbeiter-Versammlung gezeigt, daß sie nicht mehr schläft, und nicht mehr länger gewillt ist, ihre Haut vor Führern verkaufen zu lassen.

# Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

Sie stand hinter dem Pult, durchblätterte des Kassenbuch und redete davon, wie angenehm es sei, ein paar Wochen auf dem Lande zuzubringen, wie billig sich das etarrichten lasse, und wie günstig es auf die Gesundheit wirke.

Wir hatten da einen kleinen Fluß, ganz ruhig, Koh er dahin. Und eine lustige Gesellschaft. Ein Zele-graphist spielte großartig auf der Geige. Ich hab auch rudern gelernt. Aber was abschaulich ist — das sind diese Bauernkinder. Die reime Plage! Zudringlich wie die Mäden — jammern und betteln in einem fort. Gib, gib! Das bringen ihnen ihre Väter und Mütter so bei — ganz abschaulich ist's.

„Kein Mensch bringt's ihnen bei“, versetzte Nja frostig. „Ihre Väter und Mütter sind bei der Arbeit, und die Kinder waschen ohne Aufsicht auf. Was Sie sagten, ist nicht wahr!“

Satjana Blahjewa sah ihn erstaunt an und öffnete den Mund, als ob sie etwas sagen wollte. In diesem Augenblick jedoch begann Serentij mit respektvollem Nacheln:

„Wenn sich jetzt mal Herrschaften im Dorf zeigen — so ist das ein Wunderding. Früher verblieben die Herren für ihr ganzes Leben in ihren Dörfern. Jetzt zeigen sie sich dort nur ganz gelegentlich.“

Madame Antonowow sah erst Serentij und dann Nja an und blickte hierauf wieder, ohne ein Wort zu sagen, in das Kassenbuch. Serentij ward verlegen und begann an seinem Hemd zu zupfen. Eine Minute vielleicht schloegen alle in dem Laden — man hörte nur das leise Geräusch der Blätter des Kassenbuchs, und ein leises Schnurren. Serentij rieb sich den Buckel am Stützposten.

„Hör mal, du, Onkel —“ ließ sich plöglig Nja in trockenem Ton vernehmen — „wenn du wieder mal mit Herrschaften reden willst, dann tritt sie erst vorher um Erlaubnis, hörst du? Gerufen Sie, bitte.“ mußte du sagen — und mußte vor ihnen hinmen.“

Das Buch einschlopfte den Händen Satjanas und glitt an dem Schreypult herunter. Doch konnte sie es noch fassen, schlug laut mit ihrer Hand darauf und lachte. Serentij beugte den Kopf vor und ging auf die Straße hinaus. Dann sah Satjana Blahjewa von der Seite lächelnd auf Lunew's fastres Gesicht und fragte leise:

„Bist wohl böse? Auf mich vielleicht? Weshalb denn?“ Ihr Gesicht hatte den alten schelmischen, lockenden Zug, und ihre Augen blitzen verführerisch.

Lunew streckte den Arm aus und packte sie bei der Schulter. In ihm loderte der Haß gegen sie auf, und ein wildes tierisches Begehren, sie an seine Brust zu drücken und das Knaden ihrer dünnen Knochen zu hören. Er zog sie, die Zähne fleischend, an sich heran. Sie aber hatte keinen Arm umfaßt und suchte ihre Schulter von ihm zu befreien, wobei sie flüsterte:

„O — laß doch los! — Es tut ja weh. Bist du verrückt geworden? Hier können wir doch nicht — du, hör mal, den Onkel kannst du hier nicht behalten! Er ist bußig. Die Kunden werden Angst vor ihm haben. Bring ihn weg! Wir müssen sehen, daß wir ihn irgendwo unterbringen — hörst du?“

Aber er hatte sie bereits umfaßt und beugte langsam den Kopf mit den weit aufgeführten Augen über ihr Gesicht.

„Was willst du denn? — Nicht doch — Laß mich los!“

Sie ließ sich plöglig zur Erde gleiten und schlüpfte glatt wie ein Fisch unter seinen Armen fort. Lunew sah sie durch den heißen Nebel vor seinen Augen an der Laventür stehen. Mit zitternden Händen suchte sie ihre Tade zurecht und sprach:

„Ach, wie grob bist du doch! Kannst du denn nicht warten?“

In seinem Kopf rauschte es, als wenn darin Bergströme niederstürzten. Unbeweglich, mit fest zusammengekrampften Fingern stand er hinter dem Müllhaufen und schaute auf sie, als lähe er in ihr alles Böse, alles Uebel, alles Unglück seines Lebens verkörpert.

Es ist ja sehr schön, mein Täubchen, daß du so teiden-schaftlich bist — aber man muß sich doch beherrschen können! — Geh fort!“ sprach Nja.

„Ich geh' schon. Heut kann ich dich nicht empfangen, aber übermorgen, am dreihundzwanzigsten, habe ich Geburtstag. Da kommst du doch?“

Sie nestelte, während sie sprach, an ihrer Brosche herum und sah Nja nicht an.

„Geh fort!“ wiederholte er, zitternd vor Begierde, sie zu packen und zu quälen. Sie ging. Gleich darauf erschien Serentij und fragte respektvoll: „Das war sie wohl, deine Geschäftsteilhaberin?“ Lunew nickte mit dem Kopfe und leuzte erleichtert auf. „Eine vornehme Dame! Die hat's in sich — auch, du! Und so klein und niedlich.“

„Und gemein!“ sprach Nja mit tiefer Stimme. „Du —“ brummte Serentij ungläubig.

Nja spürte auf seinem Gesicht den neugierigen, scharf beobachtenden Blick des Onkels und sprach zornig: „Ja, was guckst du denn?“

„Ach, der Herr erbarme sich! Wie du heut redest.“ „Ich weiß, was ich rede.“ Ich sagte, daß sie gemein ist — und damit basta. Könnte noch was Schlimmeres sagen — und auch das wäre wahr.“

„Wirklich? Das alle ist's.“ rief der Bucklige mit schmerzlich bewegter Stimme. „Was denn?“ schrie Nja bestig.

„Du hast also.“ „Was hab' ich also?“ Serentij stand vor Nja und trippelte, durch sein Schreien zugleich eingeschüchtert und verletzt, auf einer Stelle hin und her. Sein Gesicht schaute so kläglich drein, und seine Augen blinzelten.

„Also — du kennst sie ja am besten.“ sprach er nach einer Weile.

„Ja, das alles, was du sagen willst?“ rief Nja. „Ja, ich kenne sie alle — die so sauber sind — von außen.“

„Ich hab' eben mit dem Hausknecht geplaudert“, erzählte der Bucklige ausweichend, nachdem er auf dem Stuhle Platz genommen — „wegen meines Bruders.“ In acht Tagen hat ihn der Friedensrichter verurteilt. — ja! Ein ruhiger, stiller Junge, der nie trinkt. — sagt der Hausknecht. Ich mit einem Male verfällt er — in eine solche Wüstespar-witzung. Betrinkt sich und schlägt auf alle los — seinem Herrn zerschlug er das Gesicht, und auch dem Kommiss. Und früher prügelte der Herr ihn, soviel er wollte. — er rügte sich nicht. Schwieg immer.“

Lunew hörte die Erzählung des Onkels und dachte: „Hinterher möcht ich alles — und fortgehen. — Hol der Teufel dieses laubre Leben. — Für mich gibt's überhaupt kein Leben. — Ich werf' alles hin und geh fort. — Umherwandern will ich. — Denn hier — geh ich zu Grunde.“

„Hat's ertragen, ertragen — und ließ sich zuletzt doch hinreichen.“ sprach Serentij.

„Wer?“ „Na — vom Bruder des Hausknechts red' ich. Ach! Tage hat ihm der Richter ausgebrummt. — wegen Prügeln!“

„So!“ „Ja, acht Tage! — Hat's ertragen, hat sich alles gefallen lassen. — Na, 's hat sich eben in seiner Seele angelammelt, wie der Ruh im Schornstein — und dann geriet's in Brand, und brach aus in Flammen.“

„Hör mal, Onkel“, unterbrach ihn Nja — „betreib du hier den Handel! — Ich geh' fort.“ (Fortf. folgt.)

